

Plan und Wirklichkeit [für vertieft Interessierte]

Zur Revision des kantonalen Richtplans 2023

Planlos vorzugehen ist selten empfehlenswert. Dass die Dienststelle Raum und Wirtschaft (rawi) den kantonalen Richtplan revidiert hat, ist daher notwendig und begrüssenswert. Ebenso, dass sie das breite Publikum zur Kommentierung einlud.

Zu den Kernzielen der Richtplanung gehören der haushälterische Umgang mit dem Boden und eine «geordnete Besiedlung», die «Sicherung der Räume, welche für die weitere Entwicklung des Kantons als wichtig erachtet werden, der Erhalt ökologisch und landschaftlich wertvoller Gebiete, die Koordination raumwirksamer Tätigkeiten von Bund, Kanton, Gemeinden und weiteren Akteuren, die Schaffung einer «möglichst hohen Flexibilität für künftige Entwicklungen und Bedürfnisse an geeigneten Orten» und die Einschränkung oder Korrektur unerwünschter Entwicklungen.

In 6 Kapiteln (raumordnungspolitische Zielsetzungen, Raumstrukturen, Siedlung, Mobilität, Landschaft, Ver- und Entsorgung) wird hochprofessionell dargelegt, wie sich der Kanton entwickeln möchte. Räume und Siedlungstypen werden definiert, «Raumimpulse», Dutzende von Zielen und darauf zugeschnittene, detaillierte Strategien aufgelistet. Besonders begrüssenswert: laut Plan soll etwas Druck von jener Restnatur genommen werden, die immer stärker von wuchernden Siedlungen und Agrar-Einöden bedrängt wird.

Das tönt klug und sinnvoll. Nimmt man den 304-seitigen Wälzer zum Nennwert, sind denn auch positive Entwicklungen zu erwarten. Freilich: Kein Plan überlebt den ersten Feindkontakt (Helmuth von Moltke). Oder wie Mike Tyson es ausdrückte: Jeder hat einen Plan, bis er eins auf die Schnauze kriegt.

Tatsächlich wird einem beim Lesen des Planungsdickichts unbehaglich. Es legt unverrückbar unsere Zukunft fest. Zwar können wir dazu offiziell unsere Meinung abgeben. Doch sie zählt nicht. Entschieden wird «in Luzern oben». Möglichst ohne Feindkontakt.

Leider ist die bürokratische Kopfgeburt voll innerer Widersprüche. Und voller Absichten, die einem die Haare zu Berg stehen lassen. Denn sie ist durchdrungen vom naiven (und falschen) Glauben, die Behörden wüssten besser als die Steuerzahler, was für das Volk gut ist. Auch besser als der freie Markt, wie die zahlreichen Regulierungen, «Förderungen», «Unterstützungen» und «Lenkungen» zeigen. Sogar Mountainbike-Pisten «fördert» der Staat. Den Markt spielen lassen? Eigenverantwortung? Das war einmal. Heute sind alle «liberal». Und nuckeln an der Brust des Ammenstaats.

Der Grundtenor des Richtplans: im Wachstum liegt das Heil! Nahezu alles wird, ja muss zunehmen: Bevölkerungszahl, Bauzonen, Wirtschaftsleistung, Verkehr, Tourismus, Velowege, Klimaschutzmassnahmen. Ganz wichtig dabei: die «wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (ESP)». Sie «tragen in besonderem Mass zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort Luzern bei.»

Und der Staat bestimmt, wo sie zu liegen kommen. Reiden / Wikon / Dagmersellen etwa werden zum ESP, d.h. zur Verkehrsdrehscheibe und Industriensammlung. Die Luzerner Version von Härkingen-Egerkingen. Laut Plan werden die verdichteten Arbeitsgebiete im Wiggertal «kaum durch den verursachten Verkehr belastet und passen sich gut in die Fluss- und Hügellandschaft ein». Augenwischerei!

Ob die Reider, Wikoner und Dagmerseller wirklich wollen, dass ihr heute noch ländlich geprägtes Gebiet zu einer Industriewüste wird? Egal. Vorsorglich entzieht ihnen der Staat die Mitbestimmung. Das geht so: er betreibt «aktive Bodenpolitik», um seine Anliegen «rasch durchsetzen zu können» und seine «Handlungsoptionen zu vergrössern». Dazu wird mit «Pilotprojekten in strategischen ESP-Erweiterungsgebieten und strategischen Arbeitsgebieten unter Federführung des Kantons» «ein grösseres Areal von der öffentlichen Hand gesichert (etwa durch strategischen Landkauf, Sicherung von Kaufrechten oder Entwicklungsvereinbarungen mit Privaten), mit Nutzungsbestimmungen eingezont, insbesondere verkehrlich erschlossen und somit baureif gemacht» (Kapitel S6-3.K6). Das Reider SAG gehört natürlich dazu.

Merke: dies ist ein dreister Versuch, die Mitbestimmung der Bevölkerung über die Entwicklung ihres Siedlungsgebiets zu verunmöglichen! Doch in der Schweizer Demokratie muss die Bevölkerung über Entwicklungen ABSTIMMEN können, die das Potential haben, ihre Lebensumstände fundamental und irreversibel zu verändern. Die beabsichtigte Vergewaltigung der Lokalbevölkerung zum Zweck des «Wachstums» betrachten wir als illegal, solange die betroffene Bevölkerung an der Urne nicht zugestimmt hat. Ob wir ein Dorf oder eine lastwagenverseuchte Verkehrsdrehscheibe sein wollen, dazu wollen wir ein Wort mitreden. Ähnlich wie Mike Tyson.

Sind wir einfach sture Entwicklungsgegner? Das hängt davon ab. Nicht jeder Plan, der schlau tönt, IST auch schlau. Uns kommen Zweifel, wenn wir lesen, dass die Gemeinden zum Ziel einer klimaangepassten Siedlungsentwicklung entsprechende Vorschriften in ihrer Nutzungsplanung (Entsiegelung, Begrünung, Durchlüftung, Materialwahl etc.) machen sollen. Oder dass der Staat definiert, auf welcher Wirtschaftsform die Landwirtschaft beruhen soll, dazu «mit den Mitteln der neuen Regionalpolitik» alles mögliche fördern, unterstützen und sicherstellen soll, von «bodenunabhängigen Spezialkulturen» über neue dezentrale Arbeitsformen, Zusammenarbeits- und Vereinigungsprozesse, lokale Innovationspotenziale, Ansiedlung neuer Unternehmen und Tourismusförderung bis hin zur Förderung einer innovativen Landwirtschaft. Selber denken unnötig. Der Staat denkt, der Staat lenkt. Lehn Dich zurück und genieße die quirligen Verkehrskreisel.

Noch mehr zweifeln wir, wenn wir lesen, dass Luzern die 2000-Watt-Gesellschaft mit netto Null Emissionen anstrebt, gleichzeitig die Kernenergie totschweigt (und die hohe Umweltschädlichkeit der Produktion von Solarpaneelen – Tip: für ein einziges Solarmodul entstehen 200 kg hochtoxische Bergbauschlämme) und dazu flächendeckendes Breitbandinternet anstrebt. Mehr noch: die durchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerung und der Beschäftigten soll bis 2050 jährlich 0,60 Prozent betragen (natürlich «nachhaltig» und klimaneutral). Kein Problem? Vielleicht

doch. Denn was nach wenig tönt, bedeutet eine VERDOPPELUNG in 117 Jahren. Und sollte das jährliche Luzerner Bevölkerungswachstum ein wenig näher am nationalen liegen, bei 1% zum Beispiel, wird es ungemütlich. Dann verdoppelt sich die Bevölkerung bereits nach 71 Jahren, VERVIERFACHT sich nach weiteren 58 Jahren und VERACHTFACHT sich nach weiteren 61 Jahren. Also innert zweier Lebensspannen zu 95 Jahren. Man nennt das exponentielles Wachstum. Aber bis dahin haben wir sicher einen neuen etatistischen Richtplan, der uns sagt, wohin wir uns entwickeln dürfen.

Doch vielleicht wäre es an der Zeit, die Bevölkerung zu fragen, ob sie diese tolle Zukunft will? Und wir sollten uns wohl selber fragen, was wir durch die masslose Aufblähung eigentlich gewinnen. Und was wir verlieren.